Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

☄: Politsche Briefe : 18. Die preußische Wahlbewegung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

besteht, so spricht dies deutlich dafür, daß die Interessen beider Länder und die Politik, die von denselben diktirt wird, auf menschlich absehbare Dauer hin genau parallel mit einander gehen, ja vielfache Punkte aufweisen, an denen sie sich berühren.

Wird in Folge dessen Graf Andrassy aus Gastein die Gewißheit mit heimgenommen haben, daß sein Vermächtniß, soweit Deutschland in Frage kommt, in guten Händen ist, so wird Fürst Bismarck aller Wahrscheinlichkeit nach aus Wien mit der verstärkten Ueberzeugung zurückkehren, daß der Rücktritt seines politischen Freundes keine Veränderung in dem herzlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und seinem südöstlichen Nachbar zur Folge haben wird. Man hatte im letzten Jahre dort Ursache, ihm gute Dienste zu danken, und man wird wissen, daß man Zeiten entgegengeht, wo man solche gute Dienste wieder bedürfen und, wenn eine gewisse allzu begehrliche Partei nicht die Oberhand gewinnt, darauf rechnen kann, den Vermittler bereit zu finden.

Fassen wir unsre Betrachtungen zusammen, so ergibt sich Folgendes. 1876 wäre der Rücktritt des Grafen Andrassy in Deutschland noch mit entschiedenem Argwohn aufgenommen worden. Jetzt begegnet er tiefempfundenem Bedauern, aber kaum noch Zweifeln an den Beweggründen, mit denen er vom Grafen selbst erklärt worden ist. Andrassy hat verstanden, durch Energie auf der einen, durch kluge Mäßigung auf der anderen Seite seinem Staate während des russisch-türkischen Krieges eine Stellung zu verschaffen, welche ein Zusammengehen mit Deutschland ermöglichte. Damit schuf er eine Bürgschaft des Friedens und bethätigte eine Interessengemeinschaft beider Nachbarreiche, die hoffentlich auch in Zukunft in Wien begriffen werden und die Aktion der dortigen Politik bestimmen wird. Wäre dies — wie kaum zu befürchten — nicht der Fall, so wird Graf Andrassy in seinem engeren Heimatslande stets eine höchst einflußreiche Stellung einnehmen, die ihn in den Stand setzen wird, die Meinung Ungarns zu Gunsten der deutschen Beziehungen, deren Förderung er sich als Minister angelegen sein ließ, in die zum Schwanken gebrachte Wage zu werfen. ♣

Politische Briefe.

18. Die preußische Wahlbewegung.

Schon wieder eine Wahlbewegung, nachdem wir solche 1878 und 1877 für den Reichstag, 1876 für das preußische Abgeordnetenhaus genossen! Alle Jahre

eine Wahlbewegung in Preußen, sei es für das Reich, sei es für den Einzelstaat, dazu noch die Wahlen in den übrigen fünfundzwanzig deutschen Staaten — es ist ein ungesunder, absurder Zustand, nicht viel anders als der eines Menschen, der jede Woche ein Trinkgelage feiert. An wem liegt die Schuld? Nun, ein gutes Theil an unserer Vielstaaterei, die wir nicht beseitigen können, noch dürfen, noch wollen, mit der wir uns aber allerdings so einrichten sollten, daß sie uns nicht zur täglichen Plage wird. An keinem Punkte tritt wohl die Schwäche der politischen Einsicht unseres Liberalismus, dieses so wohlmeinenden Charakters, so auffällig hervor wie in dem Sträuben gegen lange Mandatsperioden. Dieser wohlmeinende Liberalismus hat keinen innigeren Herzenswunsch als den nach mächtigen Parlamenten, aber wie mit zehnfacher Blindheit geschlagen stößt er die erste Grundbedingung parlamentarischer Macht, die lange Dauer der Parlamente, mit Füßen fort. Der große Staatsmann, in welchem der Liberalismus nachgerade anfängt, den leibhaftigen Gottseibeiuns zu sehen, hat in gewohnter Ungenirtheit den Ausspruch gethan: Man braucht nur den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus ruiniren zu lassen. Man kann einem Verblendeten die Ursache seiner Blindheit tausend Mal ins Gesicht sagen, er greift sich doch nicht nach den Augen. Der Liberalismus geberdet sich entsetzt, weil eine vierjährige Legislaturperiode statt der dreijährigen vorgeschlagen worden. Helfen könnte uns nur eine sechs- oder siebenjährige. Aber der Liberalismus weist mit Entsetzen darauf hin, daß in der diesjährigen Reichstagssession ein oder zwei Abgeordnete für die Zollerhöhungen gestimmt haben, die bei der Wahl vielleicht als Freihändler galten. Darum, sagt die liberale Gemeinde, müßte eigentlich zu jeder Session ein Geschäftsprogramm veröffentlicht werden, und für jedes Programm müßten eigene Wahlen stattfinden. Der deutsche Liberalismus, dies ist ein Hauptgrund vieler Aergernisse und Verwirrungen unseres politischen Lebens, hat noch nicht seinen Unterschied von der Demokratie entdeckt. Er pflegt diesen Unterschied darin zu suchen, daß er eine Art Monarchie, wenn auch als ausgehöhlte Form stehen zu lassen bereit ist, während die Demokratie dem Souverän „Volk" auch alle Attribute der Majestät verleihen will. Die eigentliche Konsequenz der liberalen Auffassung des Parlamentarismus wäre das imperative und durch Beschluß der Wähler jederzeit widerrufliche Mandat, oder noch einfacher: die Entscheidung der Gesetzgebungs- und Regierungsfragen durch die Urversammlungen. Die Demokratie, das sollte unser Liberalismus endlich einmal begreifen, verträgt überhaupt den Parlamentarismus nicht, der eine aristokratische Regierungsweise ist.

Doch es war nicht die Absicht dieses Briefes, sich soweit in die politische Metaphysik, in die allgemeinen Grundsätze zu verlieren. Halten wir mit dieser Betrachtung inne. Wir haben wieder den Genuß einer Wahlbewegung, und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es ist immer noch zu verwundern, wieviel Eifer und Arbeit die deutsche Gewissenhaftigkeit bei dieser alljährlichen Aufgabe, deren Lohn in geringem Verhältniß zu den Mühen steht, aufbringt. Die Liberalen sagen freilich wieder: Ja, warum steht der Lohn in so geringem Verhältniß zur Mühe? weil die Parlamente nichts zu sagen haben. Der Liberalismus wird sich entsetzen vor dem Paradoxon: Wenn die Parlamente Alles zu sagen hätten, hätten sie gar nichts zu sagen. Darum nämlich, weil den allmächtigen Parlamenten die Wähler Alles vorschreiben würden und bei den immerwährenden Wahlen auch Alles vorschreiben könnten. So wären wir wieder bei der reinen Demokratie angelangt. Aber da ist schon wieder die politische Metaphysik. Wir müssen nochmals einen Anlauf nehmen, von der allgemeinen Natur unserer deutschen Wahlbewegungen hinweg auf die gegenwärtige Wahlbewegung zu kommen.

Der eigenthümliche Charakterzug der diesmaligen Wahlbewegung ist allseitige Verdrießlichkeit, die zu dem immerhin entwickelten lebhaften Eifer im seltsamen Gegensatze steht. Verdrießlich sind vor allen und weitaus am meisten die Nationalliberalen. Verdrießlich ist trotz aller erheuchelten Siegesgewißheit der Fortschritt. Verdrießlich ist trotz aller stolzen Hoffnungen das Zentrum. Verdrießlich sind, obwohl sie es am wenigsten merken lassen und auch am wenigsten Grund haben, die Konservativen. Warum ist alle Welt so verdrießlich? Weil jede Fraktion dem Kanzler grollt, daß er sie nicht zur mächtigen und herrschenden macht, indem er ihren Grundsätzen sich anschließt, ihre Rathschläge befolgt und mit gewohntem Erfolg zum Siege führt. Was dem Manne nicht alles zugemuthet wird! Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert. Aber woher kommt es denn, daß diesmal so viel unvereinbare Hoffnungen gehegt werden, die sich gleichwohl auf eine Enttäuschung vorbereiten, woraus eben die allgemeine Verdrießlichkeit entsteht? Ehe wir antworten, müssen wir die Nationalliberalen von diesem Bilde ausnehmen, denn diese hoffen und fürchten nicht, vielmehr, sie sind bereits enttäuscht, gekränkt, fühlen sich mißhandelt, trauern und schmollen. Von ihnen darf man nicht sagen, sie hoffen und fürchten, sondern: sie sind dabei, den Kelch der Resignation zu leeren, aber allerdings mit der Hoffnung, auf dem Grunde irgend eine Perle zu finden.

Mit dieser getreuen Schilderung haben wir so ziemlich unsere Antwort gefunden. Sämmtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Nationalliberalen, hoffen, aber ohne rechte Zuversicht, und sind ärgerlich, daß ihnen eine Hoffnung erregt worden, zu der sie selbst kein rechtes Herz fassen können. Die Hoffnung aber ist erregt worden durch den Zwiespalt des Kanzlers mit den Nationalliberalen, der wiederum diesen das Gefühl bitterer Kränkung bereitet.

Dieser Zwiespalt aber, worin hat er seinen Grund? Etwa in der Laune

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des Kanzlers, nicht zu thun, wie die Nationalliberalen wollen? Das bilden sich diese Herren ein, und so lautet ihre Diagnose des Leidens der Situation. Unsere Diagnose aber, und es wird die richtige sein, lautet anders. Sie ist folgende. Die Aufgabe der deutschen Finanzreform oder auch der Gründung der Reichsfinanzen war dringend im höchsten Grade, war durch die Schuld der Nationalliberalen bis zum letzten Augenblick versäumt worden, konnte endlich nicht mehr aufgeschoben werden. Diese Schaffung der Reichsfinanzen, welche früher hier die eigentliche Gründung des Reichs genannt worden, war recht eigentlich die Aufgabe der nationalliberalen Partei, welche von Anfang an die wahre Reichspartei hat sein wollen. Es war genauer die Aufgabe dieser Partei, das Werk der finanziellen Fundamentirung des Reichs mit dem Kanzler unter der Initiative desselben zu vollbringen. Der Kanzler hat sich auch redliche Mühe gegeben, den Beistand der Nationalliberalen zu erlangen. Schon — aber dies ist nicht einmal der erste Versuch, der sehr viel weiter zurückliegt — im Herbst 1875, als damals der Reichstag eröffnet worden, schrieb die Berliner „Post" in einem Artikel im November 1875 Folgendes: „Es handelt sich um die rechtzeitige Auffindung eines Systems der Finanzpolitik, welches im Stande ist, den unerbittlich an die Reichsfinanzen herantretenden großen Forderungen zu genügen. Man weiß, daß es eine Partei im Reichstage gibt, deren Wortführer oft genug auseinandergesetzt hat, man müsse die Reichsregierung aus der günstigen Lage bringen, Ueberschüsse zu haben, man müsse die Regierung vielmehr durch knappe Bewilligung auf kurze Fristen kurz halten und dadurch vom Reichstag abhängig machen. Der Gegensatz dieser beiden Systeme wird in dieser Session wenn noch nicht zum Austrag, doch eindringlicher als bisher zur Sprache kommen. Man hat neuerdings von nationalliberaler Seite das nahe Verhältniß zur Fortschrittspartei wieder vielfach betont. Die Fortschrittspartei sieht die Aussicht wachsen, ihre Behandlung der Reichsfinanzpolitik zur Geltung zu bringen. Aber mit dieser Behandlung ist eine große Reichspolitik nicht möglich, und es ist eine vergebliche Annahme, die schwerlich auch nur ernstlich gemeint sein kann, der Träger unserer großen Reichspolitik werde jene Behandlung der Reichsfinanzen seinerseits annehmen. Es fehlt denn auch nicht an Stimmen, welche rathen, man solle es nur ohne den Reichskanzler versuchen; wenn die Gefahr da, werde er doch wiederkommen. Wir vermessen uns nicht, die individuelle Meinung des Reichskanzlers über die Pflichten des Patriotismus zu kennen. Aber wir wissen, daß die allgemeine Pflicht, einem Volke, das muthwillig sich frevelhaften Rathschlägen vertraut und seine Angelegenheiten verdirbt, in der Stunde hoffnungsloser Gefahr beizuspringen, aus dem Wesen des Patriotismus nicht hergeleitet werden kann."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Daß diese Worte vom Reichskanzler eingegeben waren, müssen wir zwar bezweifeln, aber jedenfalls drückten sie die damalige Meinung desselben mit ziemlicher Genauigkeit aus. Der Artikel machte damals bedeutenden Eindruck, weil die erstere Annahme vorherrschte. In den Konversationszimmern des Reichstags zirkulirte ein Wort des Herrn v. Stauffenberg: „Wenn Bismarck den Krieg haben will, soll er ihn haben." Später nahm Herr Rickert im Reichstage Gelegenheit zu erklären, man wisse nicht, was die „große Reichspolitik" bedeuten solle, um deren willen die Finanzpolitik der Fortschrittspartei angefochten werde. Diese Politik triumphirte noch einmal, die Steuervorlagen von 1875 wurden mit Hurrah abgelehnt. Der Reichskanzler aber nahm Gelegenheit, bei einem seiner parlamentarischen Abende Herrn Rickert auseinanderzusetzen, wie der fortgesetzte Widerstand gegen die Schaffung der finanziellen Unterlage des Reichs zum Bruch mit den Nationalliberalen führen müsse. So stand damals in den Zeitungen.

Die Finanzreform ruhte während der anwachsenden orientalischen Krisis. Aber im Dezember 1877 bot der Reichskanzler Herrn v. Bennigsen zu Varzin das preußische Finanzministerium an. Herr v. Bennigsen erklärte, mit seinen Freunden berathen zu müssen. Die „Freunde" legten dem Führer auf Veranlassung des eigentlichen Führers, Lasker, folgende von der „National-Zeitung" später veröffentlichte Forderungen auf, welche dem Kanzler zu stellen wären: Einführung konstitutioneller Garantieen, Eintritt noch zweier Nationalliberalen (Stauffenberg und Forckenbeck) in das Ministerium, Abstand vom Tabaksmonopol. Die Unterhandlungen zogen sich hin bis zum März, wo Herr v. Bennigsen dieselben abbrach auf Grund einer Aeußerung des Kanzlers im Reichstage, sein Ideal der Tabakbesteuerung sei nach wie vor das Monopol. Die Finanzreform aber war schlechterdings nicht mehr aufzuschieben, und weil der Kanzler die Nationalliberalen nicht zum ersten Angriff des Werkes haben konnte, nahm er die Mitwirkung des Zentrums an, die auf Grund der gleichzeitigen Einführung einer gemäßigten Schutzpolitik bereitwillig gegeben wurde. Nun glaubt das Zentrum und ebenso die Konservativen, als Entgelt eine veränderte Kirchenpolitik verlangen zu dürfen. Daher die Verdrießlichkeit dieser Parteien, daß das Entgelt von Tag zu Tag unsicherer zu werden scheint. Die Nationalliberalen aber sind in der übelsten Lage. Sie haben eine Maßregel bekämpft, die von ihrem eigensten Lebensprinzip gefordert wurde. Sie haben nicht den Muth, den Kampf fortzusetzen, auch nicht unter dem Vorwand der freihändlerischen Fahne. Nun predigen sie der Welt, der Kanzler, der einen Feldzug gegen Rom begonnen, gegen welchen die Feldzüge unserer mittelalterlichen Kaiser an Kühnheit und erfolgreicher Führung ein Kinderspiel sind, wolle Deutschland dem Papste überliefern. Um das abzuwehren, müßten Liberale

gewählt werden. So rufen die Liberalen, während das Zentrum schon Todesangst hat, die Erstgeburt hingegeben und nicht einmal ein Linsengericht bekommen zu haben. Ist das nicht eine schöne Verwirrung? Die Schuld aber tragen die, welche ihr Lebensprinzip, welche den Reichsgedanken bei einem der unentbehrlichsten Fortschritte im Stich gelassen haben.

Literatur.

Quellenstudien zu Uhlands Balladen von Paul Eichholtz. Berlin, Weidmann, 1879.

Im Sommer 1877 brachten die „Grenzboten" zwei Aufsätze: „Uhland'sche Balladenstoffe", welche sich im wesentlichen auf die trefflichen Beiträge stützten, die der leider früh verstorbene P. Eichholtz an verschiedenen Orten zerstreut zur Erklärung Uhlands gespendet hatte. Es handelte sich dabei vor allem um einen Aufsatz in der Zeitschrift für Gymnasialwesen von 1871: „Beiträge zur Erklärung Uhland'scher Balladen", sodann um die Abhandlung im Osterprogramm des Gymnasiums zum Grauen Kloster von 1873: „Uhlands Schwäbische Balladen auf ihre Quellen zurückgeführt", endlich um eine Arbeit in der Festschrift zur dritten Säkularfeier des genannten Gymnasiums (1874): „Uhlands Französische Balladen auf ihre Quellen zurückgeführt." Am Schlusse jener beiden Aufsätze sprachen wir an die Weidmann'sche Buchhandlung in Berlin, in deren Verlag die erste und dritte der Eichholtz'schen Arbeiten erschienen waren, die Bitte aus, alle drei in einer Gesammtausgabe zu vereinigen, weil wir meinten, daß ein derartiges Buch einem tiefempfundenen Bedürfniß entgegenkommen würde. Zu unsrer lebhaften Befriedigung ist diese Bitte in dem vorliegenden Bändchen erfüllt worden. Etwas spät freilich, so daß wir die Hoffnung schon aufgegeben hatten; die Verlagshandlung scheint sich's eine Weile überlegt zu haben, und inzwischen ist bekanntlich ein vollständiger Kommentar zu sämmtlichen Uhland'schen Gedichten von Düntzer erschienen. Glücklicherweise sind durch diesen die Eichholtz'schen Arbeiten keineswegs überflüssig gemacht worden; so kommt das Büchlein noch immer zurecht und wird in den Kreisen aller Uhlandfreunde große Freude stiften. Die Verlagshandlung hat sich übrigens nicht mit einem wörtlichen Wiederabdruck der drei genannten Aufsätze begnügt, sondern dafür Sorge getragen, daß aus dem Handexemplare des Verfassers mancherlei Nachträge und Verbesserungen berücksichtigt worden sind, auch ein interessantes Bruchstück einer wohl durch den Tod abgebrochenen Untersuchung über die verschiedenen Perioden in Uhlands dichterischer Thätigkeit als Anhang beigegeben worden ist.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.
Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Hüthel & Herrmann in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG